



Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

## HOMEPAGE

- 2 Neu eingestellt: Info-Broschüre 2006, Register und Jahrbuch 2005, Dokumentationen

## WAHLKREIS

- 2 Öffnungszeiten der drei Kölner Büros 2006
- 2 Sigmar Gabriel kommt nach Porz

## BUNDESTAG

- 3 Neue Aufgaben für Martin Dörmann im Fraktionsvorstand und Wirtschaftsausschuss
- 4 Raumwechsel für Gerhard Schröder: Martin Dörmann bezog neues Abgeordnetenbüro
- 4 Gesetzliche Änderungen 2006
- 7 Regierungsklausur: 25 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen
- 9 Einigung über Kinderbetreuungskosten
- 10 Aktuelles zur Rente

## EUROPA

- 11 EU-Parlament beschließt entschärfte Dienstleistungsrichtlinie

## SPD

- 12 Arbeitsprogramm des Parteivorstandes 2006
- 13 Fahrplan für das neue Grundsatzprogramm
- 14 Die SPD trauert um Johannes Rau

## SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 15 Vorgestellt: Uli Kelber

## INFOS UND IMPRESSUM

- 17 Sitzungswochen 2006, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 17.2.2006

## Liebe Leserinnen und Leser,

Johannes Rau ist tot. Er war ein vorbildlicher Sozialdemokrat und nah bei den Menschen. Wir trauern um einen großen Staatsmann.

Die Große Koalition ist für uns immer noch etwas gewöhnungsbedürftig. Aber sie ist gut gestartet. Das wirtschaftliche und politische Klima in Deutschland hat sich deutlich aufgehellt. Die Mehrzahl der Menschen findet es gut, dass wir eine konstruktive Linie gefunden haben und man sich aus einer starren Blockade und Konfrontationshaltung gelöst hat.

Bei ihrer Klausurtagung in Genshagen hat die Bundesregierung ein kraftvolles Zeichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gesetzt. Es wurde ein 25-Milliarden-Euro-Paket für zusätzliche Investitionen auf den Weg gebracht, das den beginnenden Aufschwung unterstützen wird. Zusammen mit dem Anteil der Länder und Kommunen geht es sogar um rund 37 Millionen Euro. Mehr hierzu und zu den wichtigen familienpolitischen Beschlüssen von Regierung und SPD in dieser Berlin Depesche.



Auch und gerade, wenn SPD und Union eine politische Partnerschaft auf Zeit bilden, müssen sie ein eigenständiges inhaltliches Profil bewahren und schärfen. Deshalb ist es gut, dass der SPD-Parteivorstand einen festen Fahrplan für die weitere Programmdebatte festgelegt hat. Auch die Kölner SPD wird sich hieran aktiv beteiligen. Zu unserem Sonderparteitag im November wird Matthias Platzeck kommen. Es gilt deutlich zu machen: Die SPD bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Erneuerung. Und: Ihre Antworten sind auf der Höhe der Zeit.

Herzlichst

Ihr

## HOME PAGE

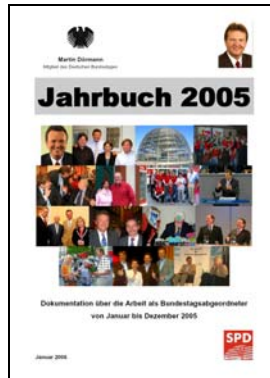
Neu eingestellt auf der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)

Folgende Informationen sind auf der Startseite abrufbar:



### Info-Broschüre 2006

Allgemeine Informationen über Martin Dörmann, den Wahlkreis, die Arbeit im Bundestag und das Mitarbeiterteam (11 Seiten)



### Jahrbuch 2005

Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2005 (24 Seiten)



### Register 2005

Auflistung sämtlicher in den Berlin Depeschen 2005 erschienenen Artikel (9 Seiten)

**Berlin Depesche Dokumentationen:** In unregelmäßigen Abständen werden wir wichtige Textdokumente als „Berlin Depesche Dokumentation“ auf unserer Homepage veröffentlichen. Die ersten Dokumentationen behandeln folgende Themen: Beschlüsse der Regierungsklausur in Genshagen (Nr. 1/2006); Finanzpolitische Grundsatzrede von Peer Steinbrück (2/2006); Familienpolitische Beschlüsse des SPD-Parteivorstandes (3/2006).

## WAHLKREIS

### Öffnungszeiten der drei Kölner Büros 2006

#### SPD-Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327, 51143 Köln (Porz)  
Tel.: 02203 / 52144, Fax: 02203 / 51044  
eMail: [martin.doermann@wk.bundestag.de](mailto:martin.doermann@wk.bundestag.de)  
Bürozeiten:  
Mo. 9:00 bis 18:00 Uhr, Di, Mi und Fr. 9:00 bis 13:00 Uhr, Do. 14:00 bis 18:00 Uhr  
Mitarbeiterteam von Martin Dörmann, MdB:  
Elke Heldt (Büroleiterin) und Tim Cremer



#### SPD-Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212, 51103 Köln (Kalk)  
Tel.: 0221 / 880 5367  
Bürozeiten:  
Mo. und Di. 15:00 bis 18:00 Uhr, Mi und Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, Fr 9:00 bis 12:00 Uhr  
Mitarbeiter von Stephan Gatter, MdL:  
Markus Thiele, Tel.: 0221 / 870 4302

#### Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46, 50667 Köln (Innenstadt)  
Tel.: 0221 / 925981-17, Fax: 0221 / 925981-50  
eMail: [renate.dinkelbach.NRW@spd.de](mailto:renate.dinkelbach.NRW@spd.de)  
Bürozeiten:  
Montag bis Freitag: 9:00 bis 17:00 Uhr  
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

### Arbeitnehmerempfang in Porz am 26. April mit Sigmar Gabriel

Der Arbeitnehmerempfang des SPD Stadtbezirks Porz/Poll findet am Mittwoch, den 26. April 2006 um 19:00 im Stadtgymnasium Porz, Humboldtstraße 2-8, 51145 Köln statt. Gastredner wird Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sein.

## Neue Aufgaben für Martin Dörmann im Deutschen Bundestag

### Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand - Telekommunikation, Energie und Raumfahrt als Arbeitsschwerpunkte im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Martin Dörmann wurde im Dezember 2005 erstmals in den **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** gewählt. Zudem ist er Mitglied im **Vorstand der NRW-Landesgruppe** der Fraktion.



In der neuen Legislaturperiode wird sich Martin Dörmann mit neuen Arbeitsschwerpunkten befassen.



Im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** ist er als Berichterstatter der SPD-Fraktion für folgende Themenbereiche zuständig:

- **Telekommunikation,**
- **Luft- und Raumfahrt,**
- **Informationstechnologie /Medienpolitik**
- sowie **Freie Berufe.**

Außerdem ist er Mitglied der **SPD-Arbeitsgruppe Energie.**



Die **Berichterstatter** sind für die jeweiligen Themengebiete Ansprechpartner der Fraktion und beispielsweise bei der Erarbeitung von Anträgen, der Bearbeitung von Gesetzentwürfen und bei Reden im Bundestag und im Ausschuss zuständig.

Außerdem wurde Martin Dörmann in den **Beirat der Bundesnetzagentur** berufen.



Die **Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen** ist die Regulierungsbehörde für die genannten Bereiche. Sie hat die Aufgabe, durch Überwachung und erforderlichenfalls Regulierung des Wettbewerbs für die weitere Entwicklung der Infrastrukturmärkte zu sorgen.



Der **Beirat** der Bundesnetzagentur besteht aus 16 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 16 Vertreterinnen oder Vertretern des Bundesrates (in der Regel die Landeswirtschaftsminister). Er berät und wirkt bei Entscheidungen der Bundesnetzagentur mit.

→ **Nähere Informationen zur Bundesnetzagentur und ihrem Beirat enthält die Homepage: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)**



## Raumwechsel für Altbundeskanzler Gerhard Schröder

### Martin Dörmann bezog neues Büro im Abgeordnetenhaus „Unter den Linden 50“

Die besondere Verbindung von **Gerhard Schröder** zu Russland ist hinlänglich bekannt, spätestens seit der Adoption seiner aus Russland stammenden Tochter. Vielleicht war dies der Grund, warum der Bundeskanzler a.D. für seine neuen Büroräume einen Standort in Nähe der Russischen Botschaft wählte. Im Dezember bezog er sein neues Büro im Abgeordnetenhaus „Unter den Linden 50“, das schräg gegenüber der Russischen Botschaft liegt.

Da ausgeschiedene Bundeskanzler aufgrund ihrer alten Tätigkeit immer noch sehr gefragt sind und von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern angeschrieben werden, stehen ihnen solche Räume auf Dauer zu. Auch **Helmut Schmidt** und **Helmut Kohl** unterhalten immer noch eigene Büros in Berlin.

Gerhard Schröder wählte Räumlichkeiten im 4. Stock. Da hiervon auch das bisherige Abgeordnetenbüro von **Martin Dörmann** betroffen war, musste dieser zwangsläufig umziehen. So kommt es, dass im bisherigen Zimmer seines Büroleiters **Stefan Stader** nun die langjährige persönliche Sekretärin des Alt-Bundeskanzlers, **Sigrid Krampitz**, sitzt.

Für Martin Dörmann und sein Mitarbeiter-Team ergab sich allerdings aus dem Umzug kein Nachteil. Sie bezogen drei Räume eine Etage höher, in Nachbarschaft zum Bonner Fraktionskollegen Uli Kelber. Stefan Stader: „Die Aussicht von hier oben ist sogar besser. Außerdem ist es auch nicht schlecht, den Bundeskanzler einmal *unter* sich zu wissen.“



**Zimmer mit Aussicht – Gerhard Schröder blickt nun von seinem Büro auf die Russische Botschaft und das Brandenburger Tor statt auf den Reichstag**

## Gesetzliche Änderungen 2006

### Neuerungen seit Januar 2006 und weitere Planungen

Unmittelbar aus den Koalitionsverhandlungen heraus wurden von SPD und CDU/CSU erste Gesetzesinitiativen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte auf den Weg gebracht. Mit einer Vielzahl kleiner Schritte wird das politische Konzept, der Dreiklang aus Sanieren, Reformieren und Investieren, von der Großen Koalition umgesetzt.

Bereits zu Beginn des neuen Jahres greifen erste Maßnahmen mit dem Ziel, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzutreiben. Die Eigenheimzulage ist weggefallen, ungerechtfertigte Steuervergünstigungen wurden abgebaut und die Verlustverrechnung bei Steuersparfonds wurden eingeschränkt.

#### **Abschaffung der Eigenheimzulage für Neufälle**

Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage wird der Weg des umfassenden Abbaus nicht mehr gerechtfertigter steuerlicher Subventionen und Ausnahmetatbestände konsequent fortgesetzt. Die steuerliche Förderung von Wohneigentum nach dem Eigenheimzulagengesetz wurde eingestellt.

Bauherren, die vor dem 1. Januar 2006 mit der Herstellung begonnen haben, und Erwerber, die vor dem 1. Januar 2006 den notariellen Kaufver-

trag abgeschlossen haben oder einer Genossenschaft beigetreten sind, haben noch Anspruch auf Eigenheimzulage nach den bisherigen Regelungen des Eigenheimzulagengesetzes über den gesamten Förderzeitraum von acht Jahren.

#### **Steuerliches Sofortprogramm zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte**

Ziel der Bundesregierung ist es, ungerechtfertigte Steuervergünstigungen abzubauen. Ein ganzes Paket steuerlicher Änderungen ist am 1. Januar in Kraft getreten. Die Maßnahmen verbreitern bzw. stabilisieren die Steuerbasis und konsolidieren die öffentlichen Haushalte. Sie tragen gleichzeitig zur Rechtsvereinfachung und zu mehr Steuergerechtigkeit bei.

Es wird davon ausgegangen, dass die Änderungen bei Bund, Ländern und Gemeinden 2006 zu Steuermehreinnahmen von 90 Millionen Euro führen. Bis 2010 ist mit einem Anstieg auf 1,255 Milliarden Euro zu rechnen.

#### **Beschränkung der Verlustverrechnung bei Steuersparmodellen**

Immer mehr Steuerpflichtige mit höheren Einkommen versuchen, ihre Steuerbelastung durch Zeichnung von so genannten Steuerstundungs-

dellen zu reduzieren. Dabei handelt es sich um Fonds in Form von Personengesellschaften, die ihren Anlegern in der Anfangsphase hohe Verluste zuweisen.

Diese Investitionen werden häufig nur wegen des damit verbundenen steuerlichen Vorteils getätigt und führen damit nicht nur zu Fehlleitung des Kapitals, sondern auch jährlich zu erheblichen Steuerausfällen. Durch die Neuregelung der Verlustverrechnung wird diese Förderung volkswirtschaftlich fragwürdiger Steuersparmodelle beendet.

### **Sofortmaßnahmen am Arbeitsmarkt**

Seit 2001 wurden mehrere befristete arbeitsmarktpolitische Instrumente eingeführt, um Arbeitsuchende leichter in Beschäftigung zu bringen und die Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit zu fördern. Einige Förderprogramme, die bis Ende 2005 befristet waren werden nun - meist um zwei Jahre bis Ende 2007 - verlängert. Es ist vorgesehen, dass die Instrumente jeweils bewertet und unter Umständen neu ausgerichtet werden. Dies betrifft u. a. folgende Maßnahmen:

### **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für ältere Arbeitnehmer**

Arbeitgeber, die ein Beschäftigungsverhältnis mit einem zuvor Arbeitslosen, der das 55. Lebensjahr vollendet hat, erstmalig begründen, müssen für diesen keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung zahlen.

Der **Existenzgründungszuschuss (Ich-AG)**, der bis zum 31. Dezember 2005 befristet war, wurde um ein halbes Jahr, also bis zum 30. Juni 2006, verlängert. Die Zusammenführung von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss zu einem einheitlichen Instrument ab diesem Zeitpunkt soll in einem späteren Gesetzgebungsverfahren erfolgen.

Die mit dem Job-AQTIV-Gesetz vom 10. Dezember 2001 eingeführten und bis 31. Dezember 2005 befristeten **Fördermöglichkeiten bei beruflicher Weiterbildung älterer und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** wurden bis Ende 2006 verlängert.

Die Verpflichtung, im Bezirk jeder Agentur für Arbeit eine **Personal-Service-Agentur** einzurichten, wird abgeschafft. So können die Agenturen für Arbeit vor Ort prüfen, ob die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen unter den Gesichtspunkten von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit, regional ein Erfolg versprechendes Eingliederungsinstrument ist.

Die so genannte **58er-Regelung**, nach der ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II unter vereinfachten Bedingungen zu beziehen, wurde bis zum 31. Dezember 2007 verlängert. Sie sind jedoch weiter verpflichtet, eine abschlagsfreie

Altersrente zum frühesten Zeitpunkt zu beantragen.

### **Begleichung von Unterkunft- und Heizungskosten für ALG II - Empfänger**

Den Kommunen ist im Rahmen der Verhandlungen über die Zusammenlegung der Sozial- mit der Arbeitslosenhilfe zugesagt worden, einen Bundeszuschuss zu den Unterkunft- und Heizungskosten für ALGII - Empfänger zu erhalten. Dieser war mit 29,1 Prozent der gesamten Unterkunft- und Heizungskosten aller ALG II - Empfänger angesetzt. Insgesamt sollten die Kommunen damit um 2,5 Milliarden Euro entlastet werden.

### **Haushaltsplan der Bundesagentur für Arbeit - Wegbereiter für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung**

Der Haushaltsplan der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2006 umfasst Einnahmen in Höhe von insgesamt rund 52,1 Milliarden Euro und Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 50,3 Milliarden Euro. Dementsprechend schließt der Haushalt mit einem Überschuss in Höhe von 1,8 Milliarden Euro ab. Der Überschuss ist gemäß SGB III der Rücklage zuzuführen.

Damit ist der Grundstock für die - in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene - Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung zum 1. Januar 2007 von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent gelegt.

### **Bürgerinnen und Bürger erhalten Zugang zu amtlichen Informationen der Bundesbehörden**

Das Informationsfreiheitsgesetz eröffnet jeder Bürgerin und jedem Bürger Zugang zu amtlichen Informationen der Behörden des Bundes. Hierzu zählen beispielsweise Schriftstücke in herkömmlichen Akten, elektronisch gespeicherte Informationen, Zeichnungen, Grafiken, Pläne, Ton- und Videoaufzeichnungen. Persönliche Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleiben dabei aber weiterhin geschützt.

Um Zugang zu den Informationen zu erhalten müssen die Bürger einen Antrag stellen. Dieser ist grundsätzlich nicht zu begründen; das Motiv des Antragstellers spielt keine Rolle.

### **Offenlegung von Managergehältern**

Mit dem Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen wird Transparenz in die Vergütungspraxis von Vorständen gebracht. Die Kontrollrechte der Aktionäre werden gestärkt.

Das Gesetz sieht vor, dass bei börsennotierten Aktiengesellschaften für jedes einzelne Vorstandsmitglied die gesamten Bezüge unter Namensnennung anzugeben sind. Dabei reicht die Gesamtsumme der an ein einzelnes Vorstandsmitglied gezahlten Bezüge nicht. Verlangt wird viel-

mehr die Aufschlüsselung in erfolgsunabhängige und erfolgsbezogene Komponenten sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (zum Beispiel Aktienoptionen).

### **Neue Fälligkeitstermine für Sozialversicherungsbeiträge**

Am 1. Januar ist das so genannte Beitragsentlastungsgesetz in Kraft getreten. Danach müssen die Arbeitgeber die Sozialbeiträge, die bisher meistens bis zum 15. des Folgemonats abzuführen waren, nun am Ende des laufenden Monats überweisen - also zeitnah mit der Auszahlung der Nettolöhne und -gehälter. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Lohn und Gehalt einbehalten.

### **Rechengrößen der Sozialversicherung**

Mit der Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2006 erfolgt die jährliche Anpassung von Rechengrößen (zum Beispiel Beitragsbemessungsgrenze, Bezugsgröße, Jahresarbeitsentgeltgrenze) an die Einkommensentwicklung im Vorjahr - also im Jahr 2005.

### **Neue Regelungen zur Frühverrentung bei Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit**

Um Anreize zur Frühverrentung zu vermindern, wird die **Altersgrenze für den frühesten Beginn der vorzeitigen Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit** stufenweise vom 60. auf das 63. Lebensjahr angehoben. Die Anhebung erfolgt in Monatsschritten in den Jahren 2006 bis 2008. Betroffen sind ab 1946 geborene Versicherte. Im Januar 1946 Geborene werden diese Altersrente frühestens mit 60 Jahren und einem Monat beziehen können, im Februar 1946 Geborene frühestens mit 60 Jahren und zwei Monaten usw.

Schließlich können im Dezember 1948 und später Geborene mit 63 Jahren eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit in Anspruch nehmen. Ein Rentenbezug vor diesem Zeitpunkt ist - auch unter Inkaufnahme höherer Abschläge - bei dieser Altersrente dann grundsätzlich nicht mehr möglich. Versicherte, die nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, haben bereits nach bisher geltendem Recht keinen Anspruch mehr auf diese Rentenart.

### **Höhere Hinzuverdienstgrenzen für Rentner vor Vollendung des 65. Lebensjahres**

Am 1. Januar hat sich die Hinzuverdienstgrenze für Bezieher einer Altersvollrente vor Vollendung des 65. Lebensjahres sowie für Bezieher einer Vollrente wegen Erwerbsunfähigkeit bzw. voller Erwerbsminderung auf 350 Euro erhöht. Die übrigen Hinzuverdienstgrenzen bleiben unverändert.

### **Höhere staatliche Zulagen und "Unisex-Tarife" bei der "Riesterrente"**

Männer und Frauen werden nun bei gleichen Beiträgen auch die gleichen monatlichen Leistungen bei Abschluss einer "Riesterrente" erhalten. Dafür sorgen die so genannten "Unisex-Tarife".

Das wird durch das Alterseinkünftegesetz, das bereits am 1. Januar 2005 in Kraft trat, seit dem 1. Januar 2006 sichergestellt. Zertifizierte Altersvorsorgeverträge, die nach dem 31. Dezember 2005 abgeschlossen wurden, sehen dann solche Tarife vor.

### **Vereinfachung der Verwaltungsabläufe im Sozialrecht**

Das Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht (Verwaltungsvereinfachungsgesetz) enthält Maßnahmen, mit denen Verwaltungsverfahren im Sozialrecht in unterschiedlichsten Bereichen gestrafft und vereinfacht werden und trägt daher zum Abbau unnötiger Bürokratie bei und die Wirtschaftlichkeit bei den Sozialversicherungsträgern wird gefördert.

### **Neue Vorschriften über die Verschreibungspflicht von Arzneimitteln**

Am 1. Januar trat die Neuordnung der Verschreibungspflicht von Arzneimitteln (AMVV) in Kraft. Mit der neuen Verordnung werden die Detailvorschriften zur Verschreibungspflicht von Arzneimitteln präzisiert. Dabei wird auch den Erfordernissen des elektronischen Rezeptes und der elektronischen Gesundheitskarte Rechnung getragen.

Bei der Zusammenfassung aller verschreibungspflichtiger Stoffe und Zubereitungen in nunmehr einer Anlage wurde eine Vielzahl von Klarstellungen vorgenommen, so auch eine eindeutige Abgrenzung zu den Stoffen und Zubereitungen, die dem Betäubungsmittelgesetz unterliegen.

→ Ausführliche Informationen zu den gesetzlichen Neuregelungen finden sich auf der Seite der SPD-Bundestagsfraktion: <http://www.spdfraktion.de>

### 25 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen von 2006 bis 2009

Die Große Koalition hat im Januar auf ihrer Kabinettsklausur in Genshagen die Weichen gestellt für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland. Bis 2009, so kündigten nach dem Treffen Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Franz Müntefering an, werde die Bundesregierung dafür über 25 Milliarden Euro zusätzlich investieren. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil begrüßte die Ergebnisse: Zentrale Ziele, für die sich die SPD stark gemacht hatte, würden umgesetzt.

Im Mittelpunkt des Wachstums-Programms stehen Investitionen in Forschung und Entwicklung, die steuerliche Entlastung des Mittelstandes, die Förderung von Handwerksleistungen in Privathaushalten und von energetischen Gebäudesanierungen, die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur sowie eine stärkere Unterstützung von Familien. Der Vizekanzler und Arbeitsminister Müntefering betonte, dass durch das Wachstumsprogramm zusätzlich ein Vielfaches an privaten Investitionen zu den 25 Milliarden Euro hinzukäme.



**Tagungsort der Klausursitzung der Bundesregierung: die Stiftung Genshagen**

Des Weiteren hat die Bundesregierung auf ihrer Klausurtagung eine inhaltliche und zeitliche Grobplanung der wesentlichen Vorhaben für das Jahr 2006 besprochen, die Schwerpunktbereiche der Regierungspolitik 2006 festgelegt und den derzeitigen Stand der Vorhabenplanung im Grundsatz zustimmend zur Kenntnis genommen. Verständigen konnte man sich dabei auf folgende Reformprojekte für das Jahr 2006:

- Das Bundeskanzleramt wird in enger Abstimmung mit den Ressorts die geplanten Maßnahmen zum Bürokratieabbau koordinieren und in Kürze ein Umsetzungsprogramm vorlegen.
- Ein nationaler Energiegipfel, der zu Beginn des zweiten Quartals 2006 stattfindet, soll den Startschuss für die Ausarbeitung eines energiepolitischen Gesamtkonzeptes der Bundesregierung geben.
- Die Bundesregierung wird im ersten Quartal 2006 die Verfahren beschließen, um die dringend erforderlichen Reformen der

Krankenversicherung und der Pflegeversicherung im Jahr 2006 zu konzipieren und zu beschließen.

- Eine vom Bundesminister für Arbeit und Soziales einzurichtende Arbeitsgruppe wird bis zum Herbst 2006 Vorschläge für mehr Beschäftigung für gering qualifizierte Menschen im Sinne des Koalitionsvertrages erarbeiten.
- Die Bundesregierung wird die Eckpunkte einer Unternehmenssteuerreform bis zum Herbst 2006 erarbeiten.
- Die Bundesregierung betreibt die zeitgleiche zügige Einbringung und Verabschiedung der zur Umsetzung der Vereinbarung zur Föderalismusreform sowie die weitere Reformschritte der Bund-Länder Finanzbeziehungen.

Die neue Bundesregierung stellt mit den Ergebnissen ihrer Klausurtagung die notwendigen Weichen, damit Deutschland im Jahr 2006 die Chancen der konjunkturellen Erholung für einen nachhaltigen Aufschwung nutzen kann. Sie wird die politischen Entscheidungen zügig und verlässlich in entsprechende gesetzliche und exekutive Maßnahmen umsetzen.

#### **Heil: Wesentliche Elemente gehen auf sozialdemokratische Vorschläge zurück**

Zufrieden mit den Ergebnissen der Kabinettsklausur zeigte sich auch der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil. „Die wesentlichen Elemente des Programms der Bundesregierung für Wachstum, Innovation und Familienförderung gehen auf sozialdemokratische Vorschläge zurück, für die wir schon im Wahlkampf gekämpft haben.“ Als eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft des Landes nannte Heil die verbesserte Förderung von Familien. So könnten sich junge Menschen mit dem ab 2007 einzuführenden Elterngeld, das den Lebensstandard auch beim Wegfall eines Einkommens sichern werde, ihre Kinderwünsche leichter erfüllen. Zudem könnten Eltern künftig ihre Kinderbetreuungskosten besser steuerlich geltend machen und damit Familie und Beruf leichter miteinander vereinbaren, lobte der SPD-Generalsekretär. Auch in der Großen Koalition, so kündigte Heil an, werde die SPD weiter für ein familienfreundliches und wirtschaftlich erfolgreiches Deutschland kämpfen.

## Regierungsklausur Genshagen – Die Maßnahmen im Einzelnen

Mit der Kabinettsklausur wurden wichtige Weichen gestellt, um den beginnenden Aufschwung zu stützen und somit auch für mehr Beschäftigung in Deutschland zu sorgen.

Insgesamt steht ein Investitionsvolumen von rd. 25 Mrd. Euro für den Zeitraum 2006 bis 2009 zur Verfügung. Hinzu kommen etwa 12 Mrd. Euro von den Ländern und Kommunen, so dass insgesamt mit rund 37 Mrd. Euro zu rechnen ist.

In folgenden zentralen Bereichen werden wir mit unserem Programm wichtige und nachhaltige Impulse setzen:

- Belebung der Wirtschaft und Mittelstandsförderung 9,4 Mrd. Euro
- Private Haushalte als Arbeitgeber, insgesamt 5 Mrd. Euro, davon Bund 2,5 Mrd. Euro
- Förderung von Familien 3 Mrd. Euro
- Förderung von Forschung und Entwicklung 6 Mrd. Euro
- Erhöhung der Verkehrsinvestitionen 4,3 Mrd. Euro

### I. Belebung der Wirtschaft und des Mittelstandes

Für uns Sozialdemokraten bedeutet wirtschaftliches Wachstum, dass vor allem neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen werden. Die in Genshagen beschlossenen Maßnahmen der Regierung bieten hierfür eine gute Grundlage. Dies kommt besonders bei den geplanten Maßnahmen zur Belebung des Mittelstandes zum Ausdruck. Zur gezielten Förderung des Mittelstandes und zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für die Wirtschaft werden bis zum Ende der Legislaturperiode zusätzlich 9,4 Mrd. Euro eingesetzt.

- 4,4 Mrd. Euro werden für die vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2007 befristete Anhebung der degressiven AfA bei beweglichen Wirtschaftsgütern eingesetzt. Zum 1. Januar 2008 wird eine Unternehmensteuerreform folgen. Mit beiden Maßnahmen wird die Liquidität der Unternehmen erhöht und das Wirtschaftswachstum unterstützt.
- Die Liquidität insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen wird zusätzlich durch die Anhebung der Umsatzgrenzen bei der Umsatzbesteuerung (Ist-Versteuerung) in den alten Bundesländern von 125.000 Euro auf 250.000 Euro verbessert. Die Maßnahme wird ergänzt durch eine Verlängerung der derzeitigen Regelung für die neuen Bundesländer bis Ende 2009. Insgesamt verzichtet der Bund hier auf Steuereinnahmen in Höhe von rund 750 Mio. Euro.
- Die Fortführung der Investitionszulage für die neuen Bundesländer in der bisher gewährten Höhe wird weitere wachstumsrelevante Arbeitsplätze schaffen.

- Durch das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm sollen energetische Gebäudesanierungen intensiviert und nachhaltige Impulse für die Baukonjunktur und für den Klimaschutz gesetzt werden. Mit Hilfe des hierzu von der KfW bereitgestellten Gebäudesanierungsprogramms kann ein Darlehensvolumen von 17 Mrd. Euro und ein Investitionsvolumen von rund 28 Mrd. Euro angestoßen werden.

### II. Private Haushalte als Arbeitgeber

Die privaten Haushalte als Arbeitgeber werden bisher in Deutschland vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Eine moderne Dienstleistungsgesellschaft muss sich auch in diesem Bereich entwickeln und Potenziale entfalten. Daher werden wir die steuerliche Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen deutlich verbessern und damit auch die Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

- Private Haushalte sollen dadurch entlastet werden, dass neben der Renovierung auch die Modernisierung und Instandhaltung des Wohnraums steuerermäßigend berücksichtigt werden können. Neben der bisher schon bestehenden Steuerermäßigung von 20 % der Aufwendungen (max. 600 Euro) für haushaltsnahe Dienstleistungen (z. B. Wohnungsreinigung, Betreuung von Familienangehörigen) wird es künftig eine weitere Steuerermäßigung bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen geben. Somit kann jeder Haushalt bei Inanspruchnahme beider Fördertatbestände jährlich bis zu 1.200 Euro von der Steuerschuld in Abzug bringen.
- Darüber hinaus werden Haushalte mit mindestens einer pflegebedürftigen Person, im Sinne der Pflegeversicherung, zusätzlich entlastet. Neben den bereits bestehenden steuerlichen Entlastungen können auch hier für die Inanspruchnahme von zusätzlichen Betreuungsleistungen für Pflegebedürftige 20 % der Aufwendungen, maximal 600 Euro, steuerlich geltend gemacht werden.
- Eine stärkere Entlastung wird es auch für Haushalte geben, in denen eine erwerbsbedingte Kinderbetreuung notwendig ist. Ziel ist es auch hier, zusätzliche Beschäftigung in diesem Bereich zu fördern. Das Gesamtvolumen dieser Förderung wird 460 Mio. Euro betragen.

### III. Förderung von Familien

Deutschland soll eines der familien-freundlichsten Länder werden. Dieses Ziel hat für die Bundesregierung hohe Priorität. Die Bundesregierung will Männer und Frauen besser darin unterstützen, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

- Die Bundesregierung wird deshalb für die Eltern von ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kindern ein neues Elterngeld einführen, das als einkommensabhängige Leistung ausgestaltet wird und



das bisherige Erziehungsgeld ablöst. Im ersten Lebensjahr des Kindes erhält der auf die Erwerbstätigkeit verzichtende Elternteil 67 % seines letzten Nettoeinkommens - bis zu 1800 Euro monatlich. Das Elterngeld wird um ein Leistungselement für Eltern mit geringem Einkommen ergänzt (zum Beispiel ein vom Familieneinkommen abhängiger Sockelbeitrag), alle Erziehenden erhalten eine Mindestleistung.

- Die Bundesregierung fördert die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf ebenso durch Unterstützung der Länder und Kommunen beim Aufbau verbesserter Betreuungsangebote. Für die frühkindliche Betreuung entlastet die Bundesregierung die Kommunen um 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. So soll ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung für unter Dreijährige entstehen. Zudem wird der Ausbau von Ganztagschulen bis 2010 fortgeführt, für den Ausbau stellt die Bundesregierung insgesamt 4 Milliarden Euro bereit.

#### **IV. Förderung von Forschung und Entwicklung**

Der Blick muss auch in die Zukunft gerichtet sein. Deshalb werden bis 2009 zusätzlich 6 Mrd. Euro in zukunftsfähige Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (FuE) investieren.

- Bis zum Jahr 2010 sollen die Ausgaben von Bund und Ländern sowie der Wirtschaft für FuE auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gesteigert werden. Ziel dieser Innovationspolitik ist es, Forschung und Wirtschaft verstärkt miteinander zu verknüpfen. Neue Technologien sollen in Deutschland entwickelt und zur Marktreife gebracht werden.

1/3 der Ausgaben sollen von der öffentlichen Hand erbracht werden. 2/3 soll die Wirtschaft dazu beitragen. Dies erfordert Anstrengungen von beiden Seiten. Gemessen an dem vom Bund eingebrachten Anteil von 6 Mrd. wird erwartet, dass

→ Auf unserer Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) sind in der Berlin Depesche Dokumentation Nr. 1/2006 die Beschlüsse der Regierungsklausur näher erläutert.

→ Ausführliche Informationen zu den gesetzlichen Neuregelungen finden sich auf der Seite der SPD-Bundestagsfraktion: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## **Einigung über Kinderbetreuungskosten**

Die Koalitionsfraktion hat sich im Nachklang der Regierungsklausur auf einen Kompromiss bei der steuerlichen Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten geeinigt. Gegenüber den Beschlüssen von Genshagen konnte die SPD viele Verbesserungen erreichen: So können die Kinderbetreuungskosten für Kinder von 0 – 14 Jahren von beiderseits erwerbstätigen Eltern zu jeweils 2/3 der Kosten bis zu 4000 Euro steuerlich geltend gemacht werden. Dies bedeutet: Die unlogische Staffelung, dass Kinder von 0 – 6 Jahren schlechter berücksichtigt werden sollten als die 7 – 14-jährigen, ist vom Tisch. Ebenfalls vom Tisch ist der von der

die Länder und die Wirtschaft Verantwortung für ihren jeweiligen Anteil übernehmen.

#### **V. Erhöhung der Verkehrsinvestitionen**

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind entscheidend von einem leistungsfähigen Verkehrssystem abhängig. Planen und Bauen von Verkehrswegen sichert zudem Beschäftigung in der Bauwirtschaft und in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Jede in die Verkehrsinvestition investierte Milliarde schafft bzw. sichert etwa 25.000 Arbeitsplätze. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung zusätzlich 4,3 Mrd. Euro für den Zeitraum von 2006 - 2009 in die Verstärkung der Verkehrsinvestitionen steckt. Diese zusätzlichen Finanzmittel kommen allen drei Verkehrsträgern Schiene, Straße und Wasserstraße zugute. Die Aufteilung erfolgt unter der Prämisse, zügig hohe Beschäftigungsimpulse zu erreichen.

#### **VI. Fazit**

Mit dem 25-Mrd.-Euro-Investitionsprogramm unterstützt die Bundesregierung den sich abzeichnenden Aufschwung. Jetzt stehen aber auch die Länder und die Kommunen in der Pflicht, durch ihre Politik das Investitionsprogramm der Bundesregierung zu unterstützen. Das gilt insbesondere für den Auf- und Ausbau der Kinderbetreuung.

Entscheidend ist aber auch die Rolle der Wirtschaft. Sie steht nun in der Pflicht, den neuen, erweiterten Rahmen zu nutzen und neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. Aber auch bei den FuE-Ausgaben müssen die Unternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Mit dem 25-Milliarden-Paket haben wir eine Initialzündung für Wachstum und Beschäftigung gegeben. Jetzt kommt es darauf an, für ein Vielfaches an Investitionen zu sorgen und damit neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

Union favorisierte Sockelbetrag von 1000 Euro. Erwerbstätige Eltern können nun ab dem ersten Euro zu zwei Dritteln ihre Kinderbetreuungskosten geltend machen. Durch diesen Kompromiss wird auch die Schlechterstellung von allein Erziehenden im Vergleich zum geltenden Recht, die durch die Genshagener Entscheidung eingetreten wäre, verhindert. Für Familien, in denen nur ein Elternteil erwerbstätig ist, gilt die „2/3 - Regelung“ für Kinder im Alter von 2 – 6 Jahren. Erfreulich ist auch, dass diese Regelungen nicht das im Haushalt vorgesehene Volumen von 460 Millionen Euro überschreiten werden.

## Renteneintrittsalter wird ab 2012 schrittweise erhöht

### Ab 2029 beträgt das Renteneintrittsalter 67 Jahre – Kabinett beschließt: keine Rentenkürzung bis 2009

#### Rentenkürzung verhindern

Das Bundeskabinett hat am 1. Februar einen Gesetzesentwurf beschlossen, wonach bis 2009 Rentenkürzungen ausgeschlossen werden. Die aktuellen Rentenwerte werden auch nach dem 1. Juli weiter gelten.

Die Altersbezüge der gesetzlichen Rentenversicherung richten sich nach der Entwicklung der Löhne. Die Renten werden jährlich zum 1. Juli an die aktuellen Rentenwerte angepasst. In der Regel setzt die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates die Werte fest.

Schon im letzten Jahr hätten die Renten gekürzt werden müssen, weil der Nachhaltigkeits- sowie der Altervorsorgefaktor erstmals angewendet wurden. Die Rot-Grüne Koalition hatte jedoch eine Rentenkürzung durch diese Dämpfungselemente mit einer Schutzklausel ausgeschlossen. Die Klausel wurde mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz im Jahr 2004 eingeführt.

Eine Rentenkürzung in Folge einer negativen Lohn- und Gehaltsentwicklung kann diese Schutzklausel aber nicht verhindern.

#### Renteneintrittsalter wird erhöht

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die langfristige Finanzierbarkeit der Rente beschloss das Kabinett, das Renteneintrittsalter von 2012 bis 2029 schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

In einer Presseerklärung hat der SPD-Parteivorsitzende Matthias Platzeck die Einigung von SPD und CDU/CSU auf eine gemeinsame Position begrüßt: „Die SPD will den Erfolg der Großen Koalition. Die Große Koalition kann nur erfolgreich sein, wenn beide Partner auch gemeinsam schwierige Entscheidungen durchtragen. Deshalb begrüße ich es, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel - und damit auch unser Koalitionspartner - heute endlich klar Position bezogen hat nach dem Stimmenwirrwarr aus der CDU/CSU in den vergangenen Tagen.“

Die vorgezogene Einführung der Rente mit 67 ist kein Herzensanliegen der SPD. Wir wissen, dass dieses Projekt gerade angesichts der aktuellen Lage insbesondere Älterer am Arbeitsmarkt auf wenig Gegenliebe stößt. Angesichts der demografischen Entwicklung ist diese Maßnahme aber unausweichlich, um die Rentenversicherung finanzierbar zu halten. Die Alternative zu dieser schmerzhaften Maßnahme hieße Rentenkürzungen, beginnend schon in diesem Jahr. Das halten wir nicht für vertretbar. Deshalb werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die Erhöhung des Renteneintrittsalters umsetzen. Klar bleibt für uns aber, dass

diejenigen, die 45 Beitragsjahre erfüllt haben, auch in Zukunft mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

Ich erwarte von der Regierung, dass sie in den nächsten Wochen zudem konkrete und schnell wirkende Maßnahmen vorlegt, um Älteren bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu eröffnen.“

#### Auf diese Punkte haben sich SPD und CDU/CSU geeinigt:

- Ab 2012 wird die Regelaltersgrenze stufenweise angehoben. Bis 2023 verschiebt sich der frühestmögliche Renteneintritt für jeden Geburtsjahrgang um einen Monat. Von 2025 bis 2029 jährlich um zwei Monate.  
Das heißt: wer 1947 geboren ist und 2012 65 Jahre alt wird, kann frühestens mit 65 und einem Monat Altersrente ohne Abschläge bekommen. Wer 1948 geboren ist, tritt mit 65 und zwei Monaten in Rente. Im Jahre 2023 beträgt die Regelaltersgrenze dann 66 Jahre. Bis 2029 wird die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben.
- Es gilt weiter: Wer mindestens 45 Jahre lang Pflichtbeitragsjahre in der Rentenversicherung erreicht, kann weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen.
- Unverzichtbar bleibt, dass die Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nachhaltig verbessert werden.
- In der Koalitionsvereinbarung haben CDU, CSU und SPD festgelegt, dass die gesetzlichen Regelungen zur Anhebung der Altersgrenze jetzt getroffen werden. Dies wird ein schrittweiser und langfristig angelegter Prozess sein, der sowohl den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch den Arbeitgebern Planungssicherheit gibt.
- Die Gründe für die Anhebung des Renteneintrittsalters: Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Sie sind länger aktiv und leistungsfähig. Aber eine steigende Lebenserwartung führt auch zu längerem Rentenbezug, der Beitrags- und Steuerzahler belastet.
- Rente mit 67 heißt: Es werden länger Beiträge gezahlt und es wird kürzer Rente bezogen. Das Verhältnis zwischen Erwerbsphase und Rentenphase, zwischen aktiven Beitragszahlern und Rentnern wird günstiger. Neben den bereits beschlossenen Rentenreformen ist dies ein weiteres Element zur langfristigen Stabilisierung der Rentenversicherung.

Die gesetzliche Rente ist und bleibt auch in Zukunft die wichtigste Säule der Altersversorgung. Sie muss langfristig gesichert werden. Für Nachhaltigkeit, Stabilität und Generationengerechtigkeit. Dafür steht die SPD.

### EU-Parlament beschließt entschärfte Dienstleistungsrichtlinie – Erfolg für Sozialdemokraten

Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament am 16. Februar einer stark entschärfen Version der Dienstleistungsrichtlinie zugestimmt. "Es ist uns gelungen, dem 'Monster' Dienstleistungsrichtlinie die Zähne zu ziehen", erklärt die SPD-Europaabgeordnete und zuständige Berichterstatterin Evelyne Gebhardt. "Ich freue mich sehr darüber, dass wir eine Lösung gefunden haben, die die Öffnung des Dienstleistungsmarktes in Europa ermöglicht und gleichzeitig das Europäische Sozialmodell bewahrt."

Gebhardt weiter: "Das Abstimmungsergebnis heute ist ein positives Signal für die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Es zeigt, dass das Europäische Parlament ihre Ängste und Sorgen sehr ernst nimmt. Das Parlament hat die Zeichen der Zeit erkannt und ist nicht in die 'neoliberale Falle' getappt. Vielmehr hat es die Chance genutzt, den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Politik zu stellen."

Eine parteiübergreifende Mehrheit aus Sozialdemokraten und Konservativen hatte sich bei der Abstimmung für einen von Gebhardt ausgehandelten Kompromiss ausgesprochen. Dabei wird das umstrittene Herkunftslandprinzip durch den Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit ersetzt. So dürfen die Mitgliedstaaten ausländische Dienstleister nicht mehr diskriminieren. "Dadurch werden protektionistische Hindernisse für Dienstleister abgebaut", erklärt die Berichterstatterin.

"Die sozialdemokratische Fraktion hat sich erfolgreich für die Ausnahme des Arbeitsrechts vom Anwendungsbereich der Richtlinie eingesetzt. Dabei bleibt ein hohes Qualitätsniveau der Dienstleistungen erhalten", so Gebhardt abschließend. Durch den Kompromiss werden die Rechte der Arbeitnehmer, aber auch der Umwelt- und Verbraucherschutz in den Mitgliedstaaten weiterhin respektiert. Der Gesundheitsbereich, Transportdienstleistungen, soziale Dienstleistungen aber auch Zeitarbeitsfirmen und Sicherheitsdienste bleiben von der Richtlinie ausgenommen.

Ziel der Richtlinie ist es, **Hemmnisse zur Dienstleistungsfreiheit in der EU abzubauen**. Damit Dienstleister künftig einfacher in einem anderen EU-Staat ihrer Arbeit nachgehen können, sieht die Richtlinie vor, dass Verwaltungen grenzüberschreitend zusammenarbeiten – von einem einheitlichen Ansprechpartner über elektronische Verfahren bis hin zur Verpflichtung der Behörden, über Anträge in einem bestimmten zeitlichen Rahmen zu entscheiden.

Drei Grundpfeiler wurden gegenüber dem ursprünglichen Modell verändert:

- Der Zugang im gesamten europäischen Markt ist frei, wenn ein Unternehmen in einem Mitgliedsland zugelassen wird.

- Die Dienstleistungen, die dann von einem Unternehmen in einem anderen Land erbracht werden, werden unter den Bedingungen abgewickelt, die in dem Land gelten, wo sie erbracht werden. Ein Pole oder ein Franzose, der nach Deutschland kommt, muss also unter deutschem Recht arbeiten (Arbeits- und Tarifrecht). Es soll in dieser Beziehung **das Ziellandprinzip** und nicht wie ursprünglich geplant, **das Herkunftslandprinzip** gelten. Die Kontrolle, ob die Spielregeln eingehalten werden, obliegt zudem den Behörden des Ziellandes, im beschriebenen Fall also in Deutschland.

Begründung für die Ablehnung des Herkunftslandprinzips ist die Ablehnung einer Konkurrenz der Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Systeme der Mitgliedstaaten, die zu einem sog. Sozialdumping geführt hätte. Stattdessen soll eine Harmonisierung vorangetrieben werden, zum Beispiel in der Form sozialer Standards.

- Alles, was es heute in Europa bereits als soziale Schutzstandards gibt, die Arbeitszeitrichtlinie, Entsenderrichtlinie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hat Vorrang vor der neuen Dienstleistungsrichtlinie.

Weiteres Verfahren: Mit der 1. Lesung im Europäischen Parlament ist der Prozess noch nicht abgeschlossen. Der Kommissionspräsident Barroso hat angekündigt, einen auf dem Text des EP basierenden geänderten Richtlinienvorschlag bereits Anfang März vorzulegen. Beim Frühjahrsgipfel der Regierungs- und Staatschefs Ende März soll versucht werden, zu einer Einigung zu kommen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die weiteren Beratungen im Rat gemeinsam mit der Bundesregierung eng begleiten, um eine soziale Ausgestaltung der Dienstleistungsrichtlinie sicherzustellen.

#### **SPD-Bundestagsabgeordnete trafen sich mit Kölner Gewerkschaftlern**

Im Vorfeld der Entscheidung des Europäischen Parlamentes zur EU-Dienstleistungsrichtlinie trafen sich die drei Kölner Bundestagsabgeordneten Lale Akgün, Martin Dörmann und Rolf Mützenich mit Vertretern der Kölner Gewerkschaften, darunter der DGB-Vorsitzende Wolfgang Uellenberg - van Dauen. Die Abgeordneten machten dabei deutlich, dass sie sich auch weiterhin bei der Erarbeitung und späteren Umsetzung der Richtlinie dafür einsetzen, Lohn- und Sozialdumping zu verhindern. Insbesondere sei in der großen Koalition auch zu prüfen, inwieweit durch gesetzliche Mindestlöhne und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen Standards gewahrt werden können. Einig war man sich auch darin, dass man den Verzicht auf das Herkunftslandprinzip in der Richtlinie begrüßt.

## Partei Vorstand beschloss Arbeitsprogramm 2006

### Papier zur Familienpolitik: SPD will kinder- und familienfreundliches Deutschland

Der SPD-Vorstand hat im Januar auf seiner Klausurtagung in Mainz sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2006 beschlossen. Schwerpunkte bilden u. a. ein neunseitiges Papier zur Familienpolitik. Darüber hinaus will die Partei die Zusammenarbeit und Kontakte mit den Gewerkschaften wieder intensivieren. Beide verbinden das Ziel, im Interesse der Menschen die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand zu schaffen.

#### SPD bleibt aktive Mitgliederpartei

Gleichzeitig will die Partei aktive Mitgliederpartei bleiben. Dies sei eine Voraussetzung für eine lebendige und erfolgreiche Sozialdemokratie. Mit den Beschlüssen des Karlsruher Parteitags sind einige Instrumente zur Öffnung der Parteistrukturen und zur Steigerung der Attraktivität der Parteiarbeit beschlossen worden. Die Umsetzung der Beschlüsse zur Gastmitgliedschaft und die Stärkung der Arbeit der Foren und Projektgruppen innerhalb der SPD bieten die Chance, alle Interessierten und unsere Neumitglieder schnell in die Partei einzubinden und an der Demokratiearbeit im Lande zu beteiligen.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll 2006 die Qualifizierung der Ortsvereinsvorsitzenden und -vorstände weiter ausgebaut werden.

Die Kampagne 2005 habe darüber hinaus gezeigt, dass die Mitgliederwerbung eine dauerhafte und lohnende Aufgabe für alle aktiven Mitglieder und Funktionäre der Partei sei. Im vergangenen Jahr ist es gelungen, über 20.000 Neumitglieder in die SPD aufzunehmen.

Der „Mitgliederwerbekongress“ im ersten Halbjahr 2006 wird Startpunkt der Mitgliederwerbekampagne 2006 – 2007 sein. Mit dem Kongress sollen insbesondere die vielen tausend Einzelwerber in den Ortsvereinen unterstützt werden und sie besser in die Lage versetzt, kreativ für eine aktive Mitgliederpartei zu werben und wichtige neue Zielgruppen für die Mitgliedschaft in der SPD zu gewinnen.

#### Bekämpfung des Rechtsextremismus

Die SPD setzt auch im Jahr 2006 einen Schwerpunkt in der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. In einem Pilotprojekt in der Sächsischen Schweiz sollen deshalb Erfahrungen gesammelt werden, wie der Parteaufbau der SPD in den Neuen Ländern einen Schub erhalten und gleichzeitig eine offensive Auseinandersetzung mit der NPD geführt werden kann. Darüber hinaus wird die SPD

insbesondere in den Wahlkämpfen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag dazu leisten, dass rechtsextremistische Parteien nicht den Einzug in die dortigen Landtage schaffen. Die Projektgruppe Rechtsextremismus wird gemeinsam mit dem Generalsekretär diese Arbeit koordinieren und der Partei auch künftig geeignete Materialien zur Verfügung stellen.

#### Zukunft für Kinder

Des Weiteren standen vor allem kinder- und familienpolitische Fragen im Mittelpunkt der Klausurtagung. Beschlossen wurde ein neunseitiges Programm mit dem Titel „Wir sichern Deutschlands Zukunft“. Zudem soll mit der Kampagne „Zukunft mit Kindern“ neue Akzente für ein kinder- und familienfreundlicheres Deutschland gesetzt werden. Geplant sind u. a. Fachgespräche über die Entwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen mit wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Zudem wies der Parteivorstand darauf hin, dass auf Initiative der SPD auch in diesem Jahr wichtige Projekte wie der Ausbau der Tagesbetreuung und das Ganztagsschulprogramm fortgesetzt werden. Die Einführung des Elterngeldes und die Weiterentwicklung des Kinderzuschlages sowie die Anerkennung der erwerbsbedingten Betreuungskosten sind zentrale Gesetzesvorhaben in den kommenden zwei Jahren, welche die SPD in den Koalitionsvertrag eingebracht hat.

Im Folgenden die Eckpunkte des kinder- und familienpolitischen Programms:

**Kinderbetreuungskosten:** Die vom Bundeskabinett beschlossene steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten "ab dem ersten Euro" soll auch auf Kinder unter sechs Jahren ausgeweitet werden. Hier war zunächst eine Anrechnungsgrenze von 1000 Euro geplant. Die dafür vorgesehene Gesamtsumme von 460 Millionen Euro wird aber dennoch nicht überschritten, sondern das Geld soll nur anders verteilt werden, so dass auch Alleinerziehende und Geringverdiener stärker davon profitieren.

**Kindergartenplätze:** Bis zum Jahr 2010 soll das Betreuungsangebot für unter Dreijährige mit 230.000 zusätzlichen Betreuungsplätzen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Jedes Kind soll einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem zweiten Lebensjahr bekommen. Bei der Frage der Kindergartenbeiträge wird als erster Schritt eine Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres angestrebt, "perspektivisch" sollen die Kindergärten generell beitragsfrei werden. Zudem soll die Zahl der Ganztagschulen deutlich erhöht werden.

**Erziehungshilfe:** Eltern sollen durch eine "Kultur des Hinschauens und der öffentlichen Verantwort-

tung" mehr Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder bekommen. Eltern-Kind-Zentren sollen möglichst früh schon Hilfestellung bieten, wobei gerade auch die aufsuchende Hilfe verstärkt werden soll. Konkrete Regelungen sollen sicherstellen, dass alle Kinder an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen.

**Arbeitswelt:** Um jungen Frauen und Männern die Entscheidung für Kinder zu erleichtern, werden die Tarifpartner aufgefordert, familienge-rechte Arbeit zum Thema ihrer Tarifverhandlungen zu machen.

**Lebensarbeitszeit:** Familiengründung und Berufseinstieg sollen zeitlich entzerrt werden. Wenn beides parallel im Alter zwischen 30 und 35 Jahren stattfindet, sei dies für viele junge Menschen eine Überforderung. Unterstützende Strukturen an den Hochschulen wie etwa gestufte Abschlüsse sollen deshalb dafür sorgen, dass die Familiengründung schon in der Ausbildungszeit leichter möglich ist. Parallel sollen die Kenntnisse älterer Arbeitnehmer über 55 Jahren besser genutzt werden.

**Allianz für Familie:** Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollen verstärkt auf lokaler Ebene

Strategien für mehr Familienfreundlichkeit entwickeln. Die Zahl lokaler Bündnisse soll von derzeit 500 auf 1000 erhöht werden.

**Kinderzuschlag:** Der seit 2005 geltende Kinderzuschlag für Geringverdiener soll weiterentwickelt und das Antragsverfahren vereinfacht werden. Außerdem soll das im Koalitionsvertrag vereinbarte Elterngeld Familien ab 2007 stärker fördern.



→ **Das ausführliche kinder- und familienpolitische Programm kann unter [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) herunter geladen werden.**

## **SPD-Vorstand legte den Fahrplan für das neue Grundsatzprogramm fest**

### **Platzek macht Programmdebatte zur Chefsache**

Der SPD-Vorsitzende Matthias Platzek hat die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm zur Chefsache erklärt. Auf seiner Klausurtagung in Mainz hat der SPD-Vorstand den konkreten Fahrplan für die Debatte festgelegt.

Mit Blick auf eine neue programmatische Basis der Partei rief Platzek zur Erneuerung der Idee der sozialen Demokratie auf. Dabei sollen die Grundwerte „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ auch in Zukunft der zentrale Maßstab sozialdemokratischer Politik bleiben. Die Leitung der Programmdebatte hat der SPD-Vorsitzende übernommen. Er werde, so die Ankündigung, den Vorsitz der Programmkommission übernehmen.

Ziel der Debatte ist es, so heißt es im Vorstandsbeschluss, unter „fundamentalen veränderten Rahmenbedingungen“ den Grundwerten der SPD „neue Kraft zu verleihen“. Es gehe darum, den „programmatischen Vorrat für die kommenden Jahrzehnte wieder aufzufüllen und zeitgemäße sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit zu finden“.

Die seit einigen Jahren laufende Debatte über ein neues Grundsatzprogramm soll bis zum nächsten ordentlichen Parteitag im Jahr 2007 abgeschlossen sein. Die wesentlichen Schritte auf diesem Weg sind:

- Im Frühjahr 2006 werden die „Thesen zu einem neuem Grundsatzprogramm“ vorlegt. In diese Thesen werden die bisherigen Vorarbeiten der Programmkommission und der vom Präsidium eingerichteten Redaktionsgruppe einfließen. Sie sollen in einem intensiven Dialogprozess innerhalb der SPD und gemeinsam mit Experten und gesellschaftlichen Gruppen beraten werden.
- Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Parteivorstand einen Textentwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorlegen. Da im Jahr 2007 kaum Wahlen anstehen, haben alle Gliederungen die Chance, sich intensiv an der Debatte zu beteiligen. Auch nach Vorlage des Programmtextentwurfs wird eine Phase des Dialogs stattfinden – mit besonderem Augenmerk auf die öffentliche und gesellschaftliche Debatte.

Beschlossen werden soll das neue Programm beim nächsten ordentlichen Parteitag im Herbst 2007. Die Koordination werde in einer „Projektgruppe Programmdiskussion“ im Willy-Brandt-Haus stattfinden.

Die **Kölner SPD** wird ihre Programmdebatte 2006 mit mehreren Veranstaltungen und der Erarbeitung von Anträgen fortsetzen.

## Die SPD trauert um Johannes Rau

Zum Tode von Johannes Rau erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck: „Die Nachricht vom Tod des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau macht uns tief betroffen. Wir trauern um einen großen Menschen, einen Freund, Helfer und Staatsmann. Sein Leben war geprägt von einer großen Liebe zu den Menschen. Er hat uns Ver-söhnung vorgelebt. Johannes Rau hat zusammengeführt zwischen DDR und Bundesrepublik, zwischen Polen und Deutschen, zwischen Israel und Deutschland.

Er war ein überragender Politiker und ein großer Sozialdemokrat. Er hat über fünf Jahrzehnte Deutschland an entscheidenden Stellen mitgeprägt. Johannes Rau war in jeder Beziehung ein Vorbild. Er hat dem Land unermüdlich gedient. Seine Arbeit war immer getragen von einem tief



verwurzelten christlichen Glauben. Die Liebe zum Nächsten war sein oberstes Gebot.

Das Land, vor allem die Sozialdemokratie, verdankt ihm unendlich viel. Er war ein Sozialdemokrat, der die Partei immer wieder zusammengeführt hat und sich in ihren Dienst gestellt hat.

Johannes Rau war ein großer Staatsmann, in dessen Politikverständnis die Menschen immer im Mittelpunkt standen. Die Bürgerinnen und Bürger haben dies gespürt und ihn als Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten verehrt und geliebt.

Wir trauern mit seiner Familie und seinen Freunden und suchen nach Trost in der von Johannes Rau gelebten christlichen Zuversicht.“

### Biographische Daten

1931	Geboren am 16. Januar in Wuppertal
1949-1967	Tätigkeit als Verlagsbuchhändler
1952	Eintritt in die Gesamtdeutsche Volkspartei (Auflösung der GVP 1957)
1957	Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
1958-1999	Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
1964-78	Stadtverordneter in Wuppertal
1965-1999	Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland
1969-1970	Oberbürgermeister in Wuppertal
1970-1978	Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen
1973-1998	Mitglied des SPD-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen
1977-1998	Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
1978-1999	Mitglied des Präsidiums der SPD
1978-1998	Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
1982-1983	Präsident des Bundesrates
1982-1999	Stellvertretender Vorsitzender der SPD
1987	Kandidat der SPD für das Amt des Bundeskanzlers
1994	Kandidat der SPD für das Amt des Bundespräsidenten
1994-1995	Präsident des Bundesrates
1999-2004	Bundespräsident
2006	Johannes Rau stirbt am 27. Januar in Berlin

Johannes Rau war evangelisch, verheiratet mit Christina Rau geb. Delius und hatte drei Kinder (1983, 1985, 1986). Johannes Rau war Träger zahlreicher Orden und hat viele Auszeichnungen und Würden erhalten, u.a. 14 Ehrendoktoren, 4 Ehrensensatoren, 1 Ehrendozentur. Er war Ehrenbürger von Berlin, Bonn, Maroldsweisach, Spiekeroog und Wuppertal.

### Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Wer weiß etwa, dass Zupfgeigenhansel zur Lieblingsmusik von Franz Müntefering gehört? Oder dass Wolfgang Thierse gerne einmal den geheimnisvollen Schachspieler Bobby Fischer treffen möchte und Stummfilmkomödien liebt?

Wir setzen unsere Reihe in dieser Ausgabe mit einem Portrait von Uli Kelber fort. Er ist einer der neuen stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion und Bonner Bundestagsabgeordneter.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

**Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Kurt Beck, Wolfgang Clement, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans-Jochen Vogel.**

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) (Startseite)

## Vorgestellt: Uli Kelber

### Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

#### Biografie

Geboren 1968, verheiratet, 4 Kinder, in Bonn aufgewachsen (Bonn, Bad Godesberg und Beuel)

#### Berufliche Ausbildung

1974-1987 Schulbesuch in Bonn

1987-1993 Studium (Informatik / Biologie), Abschluss: Dipl.-Informatiker

1991-1995 Mitarbeiter im GMD - Forschungszentrum Informationstechnik, heute Teil der Fraunhofer-Gesellschaft

1996 - 2001 Mitarbeiter der Comma Soft AG (ca. 100 Beschäftigte)

Wissensmanagement-Berater

09/2000 - 12/2001 beschäftigt mit ca. zwei Tagen pro Monat

seit 01/2002 ruhendes Angestelltenverhältnis ohne Gehalt

seit 09/2000 Mitglied des Deutschen Bundestags



#### Politischer Werdegang

Seit 1985 SPD-Mitglied

Seit 1989 Mitglied einer DGB-Gewerkschaft, derzeit ver.di

1987-1989 sachkundiger Bürger im Umweltausschuss der Stadt Bonn

1989-1994 Mitglied der Bezirksvertretung Beuel

1990 Mitbegründer der Initiative "Jugend für Bonn" gegen den Regierungsumzug

1990-1996 Mitglied Juso-Bundeskommission Umwelt und Energie, ab 1993 deren Sprecher seit 1992 Mitglied des Vorstand der Bonner SPD

1994-2002 Mitglied des Rates der Stadt Bonn

Seit 1. September 2000 MdB

Seit Mai 2001 Vorsitzender der Bonner SPD

2002 Gewinn Direktmandat Bundestag in Bonn

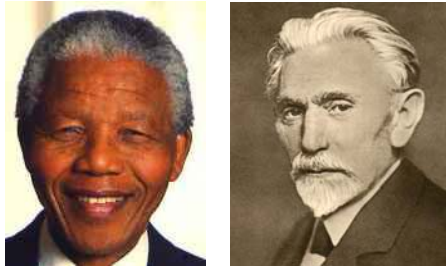
Seit 2004 Mitglied des Vorstands der SPD-Bundestagsfraktion

2005 erneuter Gewinn des Direktmandats in Bonn

Seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

# 10 Persönliche Fragen an Uli Kelber

1. Welche politischen Vorbilder hast Du?



Nelson Mandela, August Bebel

2. Wen würdest Du gerne einmal treffen?



Nelson Mandela, Bill Clinton, Dalai Lama

3. Deine liebsten Urlaubsziele?



Skandinavien, Elsaß, New York, Istanbul, Irland

4. Deine Leidenschaften?



Karneval, Hochgebirgswandern, Science-Fiction, Digitale Elektronik

5. Dein politisches Leitmotiv?

Nicht versuchen, tun!

6. Dein Lieblingsfilm?



Herr der Ringe, Watergate, Das Leben des Brian

7. Deine Lieblingsmusik bzw. Deine Lieblingslieder?



Elton John, Supertramp, Enya, Beethoven

Wen oder was nimmst Du auf eine einsame Insel mit?



Meine Familie, einen Laptop und eine Hängematte

8. Deine Lieblingsbücher?



Das Silmarillion, Arm und Reich, Geschichtsatlanten

10. Über wen lachst Du am liebsten?

Über schwarzen Humor auch wenn es politisch unkorrekt ist!



## INFOS UND IMPRESSUM

### Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2006

Sitzungswochen sind die: 3., 4., 6., 7., 10., 11., 13., 14., 19., 20., 22., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. Woche.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

### Infos zu Martin Dörmann, MdB

**Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

#### Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

#### Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist **ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er **stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**.

Im Wirtschaftsausschuss ist er **Berichterstatter** für folgende Themen: **Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt, Informationstechnologie/Medienpolitik** sowie **Freie Berufe**.

Außerdem ist er Mitglied der **SPD-Arbeitsgruppe Energie**.

#### SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist **Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**.

### Büroanschriften

**Martin Dörmann, MdB**  
**Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Internet-Homepage:**  
**[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003

Tel. 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

**eMail:** [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

Mitarbeiterteam: Stefan Stader (Büroleiter), Chloé Aublin und Michael Stamm

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327  
51143 Köln (Porz)  
Telefon: 02203 / 52144  
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam: Elke Heldt, Tim Cremer

**eMail:**

[martin.doermann@wk.bundestag.de](mailto:martin.doermann@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212  
51103 Köln (Kalk)  
Telefon: 0221 / 8704302  
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier

(Webmaster Homepage)

**eMail:** [spd@ralfstone.de](mailto:spd@ralfstone.de)

#### Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46  
50667 Köln (Innenstadt)  
Tel. 0221 / 925981-17  
Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

**eMail:**

[renate.dinkelbach.nrw@spd.de](mailto:renate.dinkelbach.nrw@spd.de)



### IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

**Herausgeber:** Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

**Redaktion:** Martin Dörmann (verantwortlich), Michael Stamm, Chloé Aublin, Stefan Stader

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de) (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

**Frühere Ausgaben** sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de).

